

Analyse

Dumawahlkampf 2007

Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung

Der Ausgang der Dumawahlen ist schon heute – zwei Wochen vor der Abstimmung – weitgehend klar. Einiges Russland, massiv von der Präsidialadministration unterstützt, wird eine absolute Mehrheit erreichen. Nur die Kommunistische Partei, die in ihrer Fundamentalopposition zum System nach wie vor über Rückhalt in der Gesellschaft verfügt, wird wohl sicher in die neue Duma gelangen. Die Chancen von zwei weiteren Parteien, der ebenfalls aus dem Kreml unterstützten Partei Gerechtes Russland, die das Spektrum links der Mitte abdecken soll, und der Schirinowskij-Partei LDPR, die nationalistisch gesinnte Protestwähler anspricht, sind unklar. Den Liberalen ist es nicht gelungen, ihre Kräfte zusammenzufassen. Sie werden auch dieses Mal nicht ins Parlament einziehen. Bemerkenswert ist, dass es erstmals keine internationale Wahlbeobachtung durch die OSZE geben wird. Diese Lücke werden aber die Beobachter aus der GUS füllen, die sicher noch in der Wahlnacht eine freie, gleiche und demokratische Wahl attestieren werden.

Die Dumawahl ist entschieden

Arithmetisch ist der Ausgang der Dumawahlen am 2. Dezember 2007 längst entschieden. Die Kremlpartei Einiges Russland (ER) wird die absolute Mehrheit gewinnen. Wahrscheinlich wird dieses Ergebnis wegen der neuen Sieben-Prozent-Hürde und damit vielen Stimmen für Parteien, die daran scheitern und bei der Sitzverteilung nicht mitgezählt werden, zu einer Zweidrittelmehrheit im neuen Parlament reichen. Außer für ER lässt sich gegenwärtig nur der erneute Einzug der Kommunisten (KPRF) in das neue Parlament mit ausreichender Sicherheit voraussagen. In Meinungsumfragen erhalten sie zwischen 10 und 15 Prozent. Chancen haben noch zwei weitere bereits in der Duma vertretene Parteien. Die zweite Kremlgründung Gerechtes Russland und die Schirinowskij-Partei LDPR liegen je nach Umfrage, Umfrageinstitut und Umfragezeitpunkt mal über (eher die LDPR) und mal unter (meist das Gerechte Russland) der Sieben-Prozent-Hürde. Die liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) haben ebenso wie die weiteren fünf zur Wahl zugelassenen Parteien keine Chance in der neuen Staatsduma vertreten zu sein. Mit diesen vorausgesagten Zahlen ist aber nur wenig darüber ausgesagt, was das Ergebnis bedeutet und was daraus folgt.

Parteiengesetz und Wahlgesetz

Die Vorbereitungen des Kremls zu den diesjährigen Dumawahlen begannen schon im Sommer 2003, also noch vor der Wahl zum jetzigen Parlament. Bereits damals wurde die der Mindestanteil der Stimmen, die notwendig waren, um ins Parlament zu gelangen, für 2007 auf sieben Prozent angehoben. Begründet wurde die-

se im internationalen Vergleich hohe Barriere mit dem Ziel, einen Anreiz für die nach Meinung des Kremls zu vielen kleinen Parteien zu schaffen, sich zu größeren Einheiten zusammen zu schließen. Nur so könne ein stabileres Mehrparteiensystem entstehen. Ähnlich wurden auch weitere Verschärfungen sowohl des Wahl- als auch des Parteienrechts im Laufe der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode begründet. Alle zielen darauf ab, die Gründung von Parteien, ihre Weiterexistenz und ihre Zulassung zu Wahlen zu erschweren und das Verhalten der Abgeordneten im Parlament zu disziplinieren. Die einschneidende Änderung des Wahlgesetzes war die Abschaffung der Direktwahlkreise zugunsten eines reinen Verhältniswahlrechts. Während bisher analog zum deutschen Wahlrecht die Hälfte der Abgeordneten in Direktwahlkreisen gewählt wurde, wird die neue Duma nur noch über Parteilisten nach einem reinen Verhältniswahlrecht bestimmt. Unabhängige Abgeordnete wird es im neuen Parlament auch später, zum Beispiel als Folge von Partei- oder Fraktionsaustritten, nicht mehr geben. Abgeordnete, die ihre Fraktion oder Partei verlassen, verlieren künftig ihr Mandat.

Die Änderungen des Parteiengesetzes sind kaum weniger bedeutend. Neuzugründende oder bestehende Parteien müssen mindestens 50.000 Mitglieder nachweisen. Außerdem müssen in mindestens der Hälfte der gegenwärtig 86 russischen Regionen regionale Untergliederungen mit jeweils mindestens 500 Mitgliedern aktiv sein. Nur 16 registrierte Parteien konnten nach Ansicht der staatlichen Registrationsbehörde Rosregistracija diesen Nachweis erbringen. Alle anderen Parteien wurden im Januar dieses Jahres zwangsweise aufgelöst. Darunter befand sich auch die Russi-

sche Republikanische Partei (RPR) des Abgeordneten Wladimir Ryschkow, der seit 1993 viermal hintereinander im Gebiet Altay ein Direktmandat erringen konnte. Ryschkow klagte gegen die Entscheidung der Registrierungsbehörde, die knapp 20.000 der von seiner Partei vorgelegten 63.000 Unterschriften für ungültig erklärte. Mitte des Jahres bestätigte das Oberste Gericht Russlands die Auflösung der Partei. Ryschkow reichte daraufhin Klage beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg ein.

Die liberalen Parteien

2003 war es keiner liberalen Partei gelungen, die damals geltende Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden und in die Duma einzuziehen. Die gesamte Legislaturperiode über, aber mit wachsender Intensität seit Anfang 2006, wurde in unterschiedlichen Kombinationen über Zusammenschlüsse und Koalitionen liberaler Parteien und Politiker verhandelt. Grundsätzlich herrschte Einigkeit, dass es dem Kreml schwerer fallen würde, einigen liberalen Oppositionen den Wiedereinzug ins Parlament zu verwehren. Diese mehrfach und in unterschiedlichen Kombinationen geführten Verhandlungen und Auseinandersetzungen im Detail nachzuzeichnen ist hier nicht genug Raum. Die entscheidenden Grundlinien und das Ergebnis sollen aber kurz skizziert werden. Es gab fünf Hauptakteure: Jabloko, SPS, Ryschkow mit der Republikanischen Partei, den ehemaligen Ministerpräsident Michail Kasjanow und den ehemaligen Schachweltmeister Garri Kasparow. Kasparows und Kasjanows Bemühungen waren von Anfang an stärker auf die Präsidentenwahlen im kommenden Frühjahr orientiert als auf die Dumawahlen. Beide haben keine Parteien. Diese possessive Formulierung ist nicht zufällig gewählt. In ihr drückt sich das grundsätzliche Dilemma russischer Parteien aus, meist als Führerorganisationen gegründet zu werden und zu funktionieren.

Entsprechend versuchte Michail Kasjanow 2005 eine lange bestehende Partei, die Demokratische Partei, als Vorsitzender zu übernehmen. Der Versuch wurde durch eine Intrige des Kremls vereitelt und Kasjanow blieb ohne Partei. Er gründete daraufhin eine »Bewegung« unter dem Namen »Volks-Demokratische Union«, die er seit Sommer 2007 in eine Partei umzuwandeln versucht. Eine Teilnahme an der Dumawahl 2007 ist aber nicht mehr das Ziel. Garri Kasparow war 2006 der wichtigste Initiator des außerparlamentarischen Oppositionsbündnisses »Das andere Russland«. Weitere Gründer waren die National-Bolschewistische Partei (NBP) des Schriftstellers Eduard Limonow, Michail Kasjanow, der radikale Jugendverband AKM (Avantgarde der Kommunistischen Jugend) und eine Reihe weiterer Einzelpersonen. Auch Wladimir Ryschkow ge-

hörte dem »Anderen Russland« zeitweise an. Insbesondere die NBP hat, was nicht nur Kasparow, sondern den meisten Oppositionsorganisationen weitgehend fehlt: eine relativ große Zahl (Schätzungen reichen von 4.000 bis 30.000) disziplinierter und aktionsbereiter, meist jugendlicher Mitglieder. Das »Andere Russland« kritisiert die Politik des Kremls grundsätzlich. Kasparow nennt das gegenwärtige politische System eine Diktatur, und schließt eine Teilnahme an Wahlen als gegenwärtig sinnlos aus, weil deren Ergebnis von der Machtelite vorbestimmt sei. »Anderes Russland« rief ab Frühjahr 2007 in verschiedenen russischen Städten zu »Märschen der Nichteinverstandenen« auf, die von massiven Polizeiaufgeboten mehrfach gewaltsam aufgelöst wurden. Jabloko und SPS schlossen sich dem »Anderen Russland« vor allem wegen der Beteiligung von nationalen (NBP) und stalinistischen Organisationen (u.a. AKM) nicht an. Kasparow schmähte sie daraufhin als vom Kreml gesteuert.

Verhandlungen zwischen Jabloko, SPS und Ryschkow über ein Zusammengehen oder einen Zusammenschluss scheiterten mehrfach. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es gibt persönliche Unvereinbarkeiten, die noch aus den 1990er Jahren stammen. Platzhirschgebare der jeweiligen offiziellen und inoffiziellen Führungsfiguren hat ebenso eine Rolle gespielt wie das nicht unerhebliche Beharrungsvermögen der Parteipräparate. Der Jablokovorsitzende Grigorij Jawlinskij weist zudem darauf hin, dass man beim Zusammenschluss von zwei oder mehr Parteien nicht einfach die Umfrageergebnisse addieren könne. Viele Wähler von Jabloko seien nicht bereit für SPS zu stimmen und umgekehrt. Wie sie sich bei einem Zusammenschluss verhalten würden, sei schwer vorauszusagen. Tatsächlich gehören Jawlinskij und seine Wähler zu den langjährigen Kritikern der wilden Privatisierung der 1990er Jahre und vertreten weniger marktliberale und stärker sozial orientierte Positionen als die SPS.

Neben den angesichts der politischen Bedingungen wohl überwindbaren inhaltlichen Differenzen spielen aber auch praktische und rechtliche Probleme eine Rolle. Listenverbindungen mehrerer Parteien, die früher erlaubt waren, sind inzwischen verboten. Die Verschmelzung von zwei Parteien wäre nur durch die Gründung einer neuen dritten Partei möglich, in die die Mitglieder der sich vereinigenden Parteien jeweils individuell eintreten müssten oder dadurch, dass die Mitglieder eine Partei aus ihrer Partei austreten und in die andere Partei eintreten, weil das Gesetz die Mitgliedschaft in zwei Parteien gleichzeitig verbietet. Erstes Szenarium hätte das große Risiko mit sich gebracht, dass die neue Partei die enormen Registrierungshürden nicht genommen hätte. Außerdem kann wohl keine der beiden Par-

teiführungen sicher sein, dass ihr ihre gegenwärtigen Parteimitglieder auch in eine neuzugründende vereinigte Partei folgen würden. Bei letzterem Szenarium würde eine Vereinigung von Gleichberechtigten unmöglich. Eine Partei bliebe bestehen, während sich die andere auflösen müsste. Eine psychologisch sehr hohe Hürde. Trotz intensiver Vermittlungsversuche unter anderem von führenden NGO-Persönlichkeiten sind letztlich alle Vereinigungsverhandlungen gescheitert. SPS und Jabloko treten getrennt zu den Dumawahlen an. Nach dem Verbot seiner Partei verhandelte Wladimir Ryschkow mit Jabloko und SPS darüber, auf einer ihrer Listen zu kandidieren. Mit Jabloko kam es zu keiner Einigung. SPS machte Ryschkow erst das Angebot, zur sogenannten Troika, den drei Spitzenkandidaten zu gehören, zog die Offerte aber später, wohl auf Druck aus dem Kreml, wieder zurück. Umfragen aller Meinungsforschungsinstitute zeigen Jabloko und SPS weit unter der Sieben-Prozent-Hürde, ohne Chancen auf einen Parlamentseinzug.

Die Kremlparteien Einiges Russland, Gerechtes Russland und Zivile Kraft

Die Partei Einiges Russland (ER) hat bereits in der gegenwärtigen Staatsduma, trotzdem sie nur 37,5 Prozent der Stimmen bekam, eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Zum einen gewannen ihre Kandidaten sehr viele Direktwahlkreise, zum anderen wurden unabhängige Kandidaten angeworben und Mitglieder anderer Fraktionen abgeworben. Zwischen den Wahlen sank die Popularität von ER stark und wuchs erst mit Beginn dieses Jahres und wiederholten Äußerungen Präsident Putins wieder, diese Partei stehe ihm, ob wohl er nicht Mitglied sei, am nächsten. Putin bezeichnete eine Mehrheit von ER zudem als notwendige Bedingung, damit er als Präsident seinen politischen Kurs durchsetzen könne. Inhaltliche Aussagen und das Parteiprogramm spielen dabei, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Entsprechend tritt ER zu den Wahlen mit dem Slogan auf, man wolle »Putins Plan« unterstützen. Das Wahlprogramm passt auf einige wenige Seiten und ruft Putin zum »nationalen Führer« aus, dessen Rückhalt ER sei. Eine Broschüre der Partei mit dem Titel »Putins Plan« fasst lediglich mehrere Reden Putins zusammen, darunter die Ansprachen »Zur Lage der Nation« der vergangenen drei Jahre und die Rede Putins vor der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar diesen Jahres. Entsprechend groß ist die vielleicht gar nicht unwillkommene Verwirrung bei den Wählern. Nach einer Umfrage des Lewada-Zentrums sind zwar 65 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass Putin einen sorgsam ausgearbeiteten Plan zur Entwicklung des Landes hat. Aber gleichzei-

tig haben 47 Prozent noch nie etwas von diesem Plan gehört und nur 6 Prozent gaben an, sie könnten erklären, was dieser Plan enthalte.

Die zweite Kremlpartei Gerechtes Russland bezeichnet sich selbst als »linkszentristisch«. Herausragende programmatische Aussage ist wie bei ER die Unterstützung Putins. Im Gegensatz zu ER werden aber deutlich sozialere, ja fast schon sozialistischen Akzente vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gesetzt. Gerechtes Russland wurde Anfang des Jahres aus der »Leben-Partei« des Föderationsratsvorsitzenden Sergej Mironow, der Rentnerpartei und den Resten der Partei Heimat gebildet. Über die Ziele dieser Gründung gibt es unterschiedliche Angaben. Wahrscheinlich handelte es sich um den neuesten Versuch, die Kommunisten zu schwächen. Zudem erfordert das vom Kreml angestrebte Zwei- oder Mehrparteiensystem einen lenkbaren »linkszentristischen« Ausgleich zum sich als »rechtszentristisch« positionierenden ER. Gerüchten zufolge soll Gerechtes Russland auf die Initiative einer der den sogenannten Silowiki, also den aus den Sicherheitsapparaten stammenden Hardlinern zugerechneten Kremlgruppen zurückgehen, die keine Zugang zu ER haben. In Umfragen wuchs der Stimmenanteil von Gerechtes Russland bei Umfragen bis zum Sommer 2007 tatsächlich langsam aber stetig bis in den zweistelligen Bereich. Die Partei schloss fast mit dem der Kommunisten auf, die gleichzeitig leicht verloren.

Im Frühsommer 2007 tauchte noch ein drittes Parteiprojekt des Kremls auf. Die vom bekannten Juristen Michail Barschtschewskij, bevollmächtigter Vertreter der russischen Regierung bei den obersten Gerichten des Landes, gegründete Organisation nannte sich anfangs Liberales Russland, wurde aber bald in Zivile Kraft umbenannt (russisch »Graschdanskaja Sila«, wobei das Attribut auch bei »Zivilgesellschaft«, russisch »Graschdanskoje Obschtschestwo«, zum Einsatz kommt). Parteifarbe ist ein sattes grün, Parteisymbol die Sonnenblume. Ein Schelm ist, wer sich dabei etwas denkt. Zivile Kraft gelang es immerhin in extrem kurzer Zeit, sowohl die hohen Hürden des Parteiengesetzes als auch des Wahlgesetzes zu überwinden, sich als Partei zu konstituieren und zu den Wahlen zugelassen zu werden. Beides spricht für Unterstützung von weit oben und die damit zusammenhängende Verfügung über nicht unerhebliche Geldmittel. In Umfragen erklärten trotzdem nie mehr als ein Prozent der Befragten, für Zivile Kraft stimmen zu wollen.

Kommunisten und LDPR

Die Kommunisten bleiben, trotz der erneut im Wahljahr vom Kreml verstärkten Bemühungen über linksorientierte Parteigründungen zum mindesten einen Teil der

kommunistischen Wähler abzuwerben, die größte und stabilste Oppositionspartei. Wie schon 2003 die Partei Heimat, so scheint auch das Gerechte Russland eher potentielle ER-Wähler als KPRF-Wähler anzusprechen. Das ist angesichts der uneingeschränkten Unterstützung für Putin durch Gerechtes Russland auch nicht weiter verwunderlich. KPRF-Wähler verstehen sich meist als Systemoppositionelle, die den marktwirtschaftlichen Kurs Putins, ob nun mehr oder weniger sozial abgefedert, grundsätzlich ablehnen. Wahrscheinlich wird dieses Beharrungsvermögen erneut mit mehr als 10 Prozent der Stimmen belohnt werden.

Ähnlich überlebensfähig zeigt sich die Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR) mit ihrem Vorsitzenden Schirinowskij. Vielfach war nach der letzten Wahl ihr Niedergang vorausgesagt worden, da sie aus Kremlsicht nicht mehr benötigt werde. Die LDPR wird vorwiegend von nationalistisch gesinnten Protestwählern gewählt. Gleichzeitig stimmten und stimmen ihre Abgeordneten, man sagt gegen gute Bezahlung, stets kremlkonform und sicherten so bis 2003 der Regierung eine Mehrheit jenseits der Kommunisten. Mit der Zweidrittelmehrheit von ER ist das nicht mehr nötig. Für Schirinowskij ist Ressentiment gegen alles und jeden Programm. Es sind immer »die Anderen« (Reichen, Fremden, Beamten), die »uns« (den einfachen Russen, dem großen russischen Volk, den hier Lebenden) etwas weggenommen haben, das »eigentlich« uns gehört. Diese mit gehörigem komödiantischem Talent vorgetragenen Anklagen bringen die LDPR bei Umfragen in die Nähe oder sogar knapp über die Sieben-Prozent-Hürde. Für die LDPR zu stimmen, ist eine Möglichkeit, es denen »oben« zu zeigen, ohne wirklich etwas zu riskieren.

Keine Wahlbeobachtung durch die OSZE

Erstmals seit dem Ende der Sowjetunion wird es bei Dumawahlen keine Wahlbeobachtung der OSZE geben. Lange konnten sich die OSZE und das russische Außenministerium nicht auf die Bedingungen einer Beobachtermission und die Zahl der internationalen Wahlbeobachter einigen. Hauptstreitpunkt war die Forderung der russischen Seite, die Wahlmission zu verpflichten, vor der Verkündigung des amtlichen Endergebnisses keine öffentlichen Erklärungen und Bewertungen abzugeben. Vor vier Jahren hatte es zu großer Verstimmung im Kreml geführt, als OSZE-Vertreter schon wenige Tage nach der Wahl ihr Urteil, die Wahlen seien »frei aber nicht fair« gewesen, abgegeben hatten. Letztendlich einigte man sich auf eine Kurzwahlbeobachtung und 70 Wahlbeobachter. Erhebliche Verzögerungen bei der Visaussstellung für die Beobachter nahm die OSZE Mitte November dann zum Anlass, die Wahlbeobachtungsmission ganz abzusagen. Die Mission hätte angesichts der kurzen Zeit und der kleinen Anzahl von Wahlbeobachtern aber ohnehin große Probleme gehabt, Wahlfälschungen nachzuweisen. Die entscheidenden Manipulationen betreffen den Zugang zur Wahl und den Zugang zu den Massenmedien und haben längst stattgefunden. Eine Wahlbeobachtung durch die OSZE hätte kaum mehr als ein Feigenblatt für die russische Staatsführung werden können. Dieses Feigenblatt werden nun Wahlbeobachter aus den GUS-Staaten bilden. Sie werden, das ist angesichts von Erfahrungen in anderen GUS-Staaten unschwer vorauszusagen, noch in der Wahlnacht eine freie, gleiche und demokratische Wahl attestieren.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er als zehn Jahre in Moskau als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radio.

Lesetipps

- Wahlen in Russland. Deutsche Bank Research, 13. November 2007
http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000217768.pdf
- Yevgeny Volk: Who's Who in Russia's Parliamentary Elections. WebMemo No. 1706, November 20, 2007. Published by The Heritage Foundation http://www.heritage.org/Research/RussiaandEurasia/upload/wm_1706.pdf
- Pro et Contra Journal, Volume 11, 2007 , No 4–5, July–October (Title: »Successor's Burden« / in Russian)
<http://www.carnegie.ru/en/pubs/procontra/>